

Protestumzüge und Straßenschlachten gehören zum Vorstellungskanon der 60er Jahre. Daß es in den 50er Jahren ähnliche Szenen gegeben hat, ist heute kaum mehr bewußt; zu sehr bestimmt die Vorstellung vom großen Konsens unser Bild der Wirtschaftswunderjahre. Dabei standen die Auseinandersetzungen um die 40-Stunden-Woche den späteren Studentenunruhen an Heftigkeit kaum nach, so etwa an jenem Samstagnachmittag, dem 27. März 1954, in München: Der Kreisausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat an diesem Tag zusammen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) eine Demonstration für den generellen samstäglichen 14-Uhr-Ladenschluß angesetzt. Schon gegen 13.30 Uhr sind in der Innenstadt Tausende versammelt. Der Zug soll sich durch Münchens Haupteinkaufszeile (Neuhauser und Kaufingerstraße) bis zum Jakobsplatz bewegen und dort mit der Ansprache eines Gewerkschaftsfunktionärs enden.

Plötzlich verläutet, die Demonstration sei abgesagt: das Verwaltungsgericht habe unter Hinweis

„Samstags

Die 40-Stunden-Woche war eine der Hauptforderungen der

Gewerkschaften in den 50er Jahren – dabei ging es mitunter hart zur Sache: In München kam es im März 1954 gar zum „Ladenschlußkrieg“ zwischen Demonstranten und Polizei.

auf die Straßenverkehrsordnung in letzter Minute die Benutzung der Kaufinger- und der Neuhauser Straße verboten. Gerade von dieser Route, vorbei an den großen, noch geöffneten Ladengeschäften, hatte sich der DGB aber den besonderen Effekt der Veranstaltung versprochen.

Schließlich lassen Gewerkschaftsfunktionäre Flugblätter verteilen, in denen gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Stellung genommen und eine Neuauflage der abgesagten Demonstration versprochen wird: „Wir werden uns mit Hunderttausenden wiedersehen!“ Verärgert rollt so mancher sein Transparent ein und geht nach Hause. Indessen stehen noch ganze Gruppen enttäuschter, demonstrierwilliger Männer eine halbe Stunde später vor dem Kaufhaus C&A Brenninkmeyer, auf dessen Antrag, so wurde bekannt, der Beschluß des



gehört Vati mir“

Verwaltungsgerichts erfolgte und das nun von Ordnungskräften besonders aufmerksam bewacht wird. Zahlreiche Doppelposten der Polizei patrouillieren durch die Straße. Im vierten Stock des Kaufhauses hält sich sogar ein Sonderkommando der Polizei mit Gewehr im Anschlag bereit. In einer Nebenstraße warten Mannschaften in drei Omnibussen, im Hof des Polizeipräsidiums berittene Einsatzkräfte.

Trotzdem gelingt es einer kleinen, mit Transparenten ausgerüsteten Gruppe von Jugendlichen, durch eine Seitenstraße in die Neuhauser Straße vorzudringen. Kurz bevor sie die Michaelskirche erreichen, treffen sie auf die Staatsgewalt; es kommt zu tumultartigen Szenen. Weitere Ordnungskräfte rücken vor; überforderte Polizisten schlagen mit ihren Gewehrkolben und Gummi-



Schon 1953 gab es in München Demonstrationen für einen früheren Ladenschluß am Samstag (links). Im März 1954 kam es dann gar zu Tumulten, als Demonstranten von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben wurden. Selbst unbeteiligte Passanten wurden dabei von berittenen Beamten an die Hauswände gedrückt (unten).

SV BILDERDIENST

knüppeln zu. Als gar noch berittene Beamte in die Menge sprengen und unbeteiligte Passanten an die Hauswände drücken, geht die Fensterscheibe eines Kaufhauses zu Bruch. Die Menge jöhlt und pfeift. Wie zum Hohn ruft auf der fast geräumten Straße ein Losverkäufer: „Kauft Lose. Kauft Lose!“

Doch die Ordnungsmacht gewinnt schnell die Oberhand: Seitenstraßen werden abgeriegelt, die Neuhauser und die Kaufingerstraße durch 600 uniformierte Beamte und 150 Kripobeamtet vollständig geräumt. Die Bilanz: eine Reihe von Leichtverletzten, 55 Personen werden wegen „strafbarer Handlungen und Störung einer Amtshandlung“ vorläufig festgenommen.

Die Münchner Ereignisse sorgten bundesweit für Aufsehen. Die Gewerkschaftsführung sprach von „geradezu ungeheuerlichen Fällen von Machtmißbrauch“, und die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ befand: „Jetzt geht es um das Demonstrationsrecht!“ In den folgenden Tagen drohte der Konflikt gar zu eskalieren, als die Arbeitsgemeinschaft der Münchner Groß- und Mittelbetriebe beschloß, „aus Konkurrenzgründen“ fortan an allen

Samstagnachmittagen die Geschäfte offenzuhalten. Daß die Ereignisse trotz der Zurückhaltung der Gewerkschaften einen „schiefen Verlauf“ genommen hätten, befand jedoch nicht nur DGB-Chef Walter Freitag. Auch im Polizeipräsidium wurde über Möglichkeiten nachgedacht, wie man in Zukunft geschickter und besonnener vorgehen könnte.

Dabei entsprach der eigentliche Anlaß der Demonstration – für die Angestellten des Einzelhandels eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu erkämpfen – einer alten Forderung der Gewerkschaft. Schon 1931 war eine DGB-Studie zu dem Schluß gekommen, daß „die Not der gegenwärtigen Zeit, die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise die Gewerkschaften dazu zwingt, für die Arbeitszeitverkürzung, die 40-Stunden-

Woche, ihre ganze Kraft einzusetzen.“ Im Mai-Aufruf des Jahres 1952 wurde diese Forderung, unter wirtschaftspolitisch ganz anderen Voraussetzungen, von neuem erhoben und in der Folge auch von Einzelgewerkschaften, wenngleich zunächst erfolglos, in die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern aufgenommen.

Nach der aus Gewerkschaftssicht verlorenen Bundestagswahl vom Herbst 1953 bestand hinsichtlich des zukünftigen Kurses intern zunächst auch nicht unbedingt Einigkeit. So meinte IG-Metall-Chef Otto Brenner, man habe

jetzt die Rolle einer „außerparlamentarischen Kraft“ zu spielen, „nachdem bis auf weiteres der Weg versperrt ist, über den Bundestag lebenswichtige Forderungen der Arbeitnehmerschaft durchzusetzen“. Ihm ging es vor allem um die Verkürzung der fremdbestimmten Arbeits- und Lebenszeit breiter Bevölkerungskreise. So sollte gerade der freie Samstag „größere Möglichkeiten zur geistigen und körperlichen Entspannung bringen. Er wird Zeit schaffen für kulturelle, sportliche und politische Betätigung und nicht zuletzt zur Festigung des Familienlebens“. Darüber, daß solche Forderungen in die Öffentlichkeit getragen werden mußten, bestand kein Zweifel; es fragte sich nur, in welcher Form.

In dieser Hinsicht sollten sich die weiteren Ereignisse in München als stilbildend für die Streikkultur



ULLESTERN

der 50er Jahre erweisen. Auch auf seiten der Staatsmacht waren längst Maßnahmen zur besseren Kanalisierung von Protestumzügen eingeleitet worden. So machte das Münchner Amt für öffentliche Ordnung im Fall einer erneuten Demonstration zur Auflage, diese nur noch in Viererreihen zu gestatten, „um den Gegenverkehr nicht zu gefährden“. Darüber hinaus hätte die Gewerkschaftsführung Sorge dafür zu tragen, daß an neuralgischen Punkten wie dem besagten Textilhaus menschliche Absperrketten gestellt würden.

Natürlich nahmen die Gewerkschaften die Herausforderung an, schon um ein Beispiel demokratischer Gesinnung zu geben und zu beweisen, daß man in der Lage war, „eine Massendemonstration ohne Polizeiaufgebot durch die Straßen zu führen“. Und so konnte die „Süddeutsche Zeitung“ zwei

sam, daß im Grunde nicht nur auf die Beschäftigten in den Betrieben, sondern auch auf die Käufer Einfluß zu nehmen sei; schließlich habe „die arbeitende Bevölkerung in Industriegebieten schon heute die Möglichkeit, an Samstagvormittagen einzukaufen. Das ganze Problem ist in allererster Linie eine Erziehungsarbeit. Die Frauen müssen dahingehend aufgeklärt werden, daß sie ihre Einkäufe planmäßig vornehmen und nicht am Samstag um 19 Uhr noch Kleinigkeiten einkaufen“.

Befriedend dürfte mit Sicherheit auch der Auftritt von Theodor Heuss auf dem DGB-Bundeskongreß im Oktober 1954 gewirkt haben. Allein schon seine Teilnahme, so führte der Bundespräsident aus, sei ja der Beweis dafür, daß die Gewerkschaften in der staatlichen und gesellschaft-

Premiere: Der Auftritt von Theodor Heuss beim Bundeskongreß des DGB 1954 trug sehr zur Beruhigung der angespannten Lage bei – er zeigte den Gewerkschaften, daß sie als Teil der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik anerkannt waren.

Wochen später von einer Protestkundgebung in völlig anderem Geist berichten. Unter der Überschrift „Demonstration bei leichter Musik“ war von einem mehr als „ruhigen Verlauf“ die Rede. Die Gewerkschafter hätten ihre Forderungen gar „in Reimen“ vorgetragen.

An der Spitze des Protestzuges, „der in Viererreihen heranzieht, von Ordnern mit weißen Armbinden flankiert“, marschierte eine zehnköpfige Trachtenkapelle in Lederhosen, den Bayerischen Defilermarsch schmetternd. Ihr folgten, gemessenen Schrittes, hohe Gewerkschaftsfunktionäre wie Max Wönner oder Erich Linsert. Selbst die benötigten Transparente waren eigens von einem Lastwagen herangebracht und kontrolliert verteilt worden. Aus den begleitenden Lautsprecherfahrzeugen schnarrten Schlager wie „Die süßesten Früchte fressen nur die großen Tiere!“ oder „Wer soll das bezahlen?“.

Offenbar hatte der pädagogische den klassenkämpferischen Geist abgelöst. So machte denn Mitte Mai 1954 Kollege Krenn in der Sitzung des Bundesvorstands des DGB auch darauf aufmerk-



lichen Ordnung bejaht würden. Er selbst habe für ihren Kampf um die 40-Stunden-Woche volles Verständnis. Heuss erntete nicht nur den Beifall der Delegierten, seine konziliante Art, mit der er sich geradezu zum Schirmherrn der Diskussion zu machen verstand, stellte Hardliner vom Schlage Otto Brenners ins Abseits. Sosehr sich der langjährige IG-Metall-Chef auch die „Bevormundung“ durch das Staatsoberhaupt verbat, er wurde von DGB-Chef Freitag vor den eigenen Delegierten sogar zu rechtgewiesen.

Damit gewann die „weiche Welle“ in der DGB-Spitze im Herbst 1954 endgültig die Oberhand, wurde der Kampf um die 40-Stunden-Woche im Zeichen einer um Sympathie werbenden Kommu-

nikationsstrategie geführt, wie das bekannte, seit dem 1. Mai 1956 weitverbreitete Plakat „Samstags gehört Vati mir“ von Paul Reiff dokumentiert. Und gegen den kleinen Jungen, der so unschuldig Arm und Stimme erhebt, um mit seinem Vati auch am Samstag zu spielen, konnte die Gegenseite schwerlich die nötigen Sympathiepunkte einfahren, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Natürlich war man sich im Arbeitgeberlager darüber im klaren, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich) nur eine Frage der Zeit war. Um dieser Forderung begegnen zu können, erschien den Arbeitgebern der Griff zu verstärkten Rationalisierungen in den Betrieben unaus-

habt ihr natürlich längst vergessen“, führt die Figur des „guten Chefs“ weiter aus und weiß vorzurechnen: „Mehr Güter pro Stunde, besser, billiger produziert, das erhöht den Gewinn. Daraus mehr Lohn – da habt ihr den ‚Wohlstand für alle!‘“ Aus Arbeitgeber-Logik ergab sich zwingend: „Haltet darum mit den Lohnforderungen den goldenen Mittelweg!“

Doch der Wunsch der arbeitenden Bevölkerung nach mehr Lohn und/oder kürzerer Arbeitszeit war allzu stark, als daß solche Werbemaßnahmen von nachhaltiger Wirkung hätten sein können. So trat im Herbst 1955 Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard höchstselbst an die Öffentlichkeit und versuchte mit einer Serie von Maßhalteappellen bremsend auf beide Parteien – Arbeitgeber wie Arbeitnehmer – einzuwirken.

Insofern spiegelt das „Gesetz über den Ladenschluß“ vom 28. November 1956 die wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Tendenzen in einer Phase der Hochkonjunktur wider. Es sei das Ziel gewesen, „im Interesse des Arbeitsschutzes eine Verkürzung der Arbeitszeit des Personals zu erreichen“. Hinsichtlich einer Regelung für den Samstag wird ausgeführt: „Verkaufsstellen müssen für den geschäftlichen Verkehr mit den Kunden geschlossen sein sonntags abends bis sieben Uhr und ab vierzehn Uhr.“

Der Kampf um das freie Wochenende wie auch die dabei benutzten Mittel und Wege waren zutiefst dem Selbstverständnis der Arbeitsgesellschaft der Nachkriegszeit verpflichtet; aus der Perspektive der heutigen Freizeit- und Erlebnisgesellschaft bereitet es fast schon wieder Schwierigkeiten, die Qualität dieser sozialen Errungenschaft

zu vermitteln, definiert sich doch diese über eine ganz andere „Errungenschaft“: nach Möglichkeit zu jeder Tages- und Abendstunde einkaufen und konsumieren zu können.

Literaturhinweis:

Dirk Schindelbeck/Volker Ilgen, „Haste was, biste was!“ Werbung für die soziale Marktwirtschaft, Primus Verlag, Darmstadt 1999.

Dr. Dirk Schindelbeck geb. 1952, hat Germanistik und Philosophie studiert. Er ist Mitarbeiter im DFG-Projekt Propagandageschichte in Freiburg/Breisgau.



Wer könnte diesen Wunsch schon ablehnen? Mit dem berühmten Plakat „Samstags gehört Vati mir“ gelang den Gewerkschaften ein öffentlichkeitswirksamer Coup, dem die Arbeitgeber nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten. Oben: IG-Metall-Chef Otto Brenner forderte 1954 eine härtere Gangart der Gewerkschaften, konnte sich aber nicht durchsetzen.



weichlich. Diese Rationalisierungen sollten den Arbeitnehmern von Propaganda-Organisationen wie der „WAAGE. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e.V.“ in großen Anzeigenkampagnen, Broschüren und Filmen als „Steigerung der Produktivität“ schmackhaft gemacht werden.

Da diskutierte etwa im Oktober 1954 ein Firmenchef mit seinen Arbeitern Fritz und Otto, die ihn um eine Lohnerhöhung angingen: „Du ziehst selbst den Pflug. Oder du läufst hinter dem Gaul. Kannst dich aber auch selbst auf die Zugmaschine setzen! Eine Stunde später sieht's jeder: das meiste schaffst du aufs bequemste.“ Auch für die Arbeiter sei die Rationalisierung letztlich ein Segen. „Ihr arbeitet heute halb so lang wie die Großväter. Das